



**Pressemitteilung der Freien Wähler Weiterstadt**  
**Weiterstadt muss Einnahmensituation verbessern**  
**Grundsteuererhöhung um 55 Punkte**

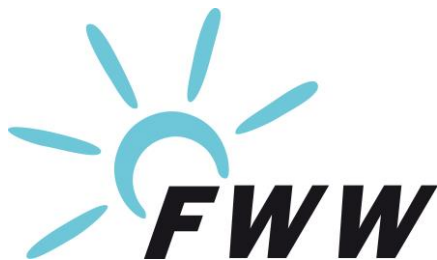
Auf der letzten erweiterten Fraktionssitzung beschäftigten sich die Freien Wähler Weiterstadt mit dem neuen Haushaltsentwurf 2020. BM Ralf Möller hatte im Dezember 2019 den alten Entwurf kurzfristig zurückgezogen, da durch die nach Einbringung des Haushaltes eingetroffenen Vorgaben des Landes Hessen das Ergebnis so negativ beeinflusst wurde, dass der Haushalt nicht mehr genehmigungsfähig war.

Der Fraktionsvorsitzende der FWW, Kurt Weldert, hatte die Verwaltung schon während der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss aufgefordert, einen überarbeiteten Haushalt der Stadtverordnetenversammlung im Februar vorzulegen, der alle Aspekte der Ausgabenseite auf zukünftige Haushalte bereits zum heutigen Zeitpunkt berücksichtigt. „Darunter verstehe ich vor allem, dass bereits jetzt schon die mittelfristigen Aufwendungen für die bis 2023 fertiggestellten Immobilien in den Haushalt eingeplant werden“, stellt Kurt Weldert fest und ergänzt, „nur so kann man die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes im Hinblick auf die mittelfristige Finanzplanung bewerten“.

Schon während der im November 2019 gemeinsam mit der SPD-Fraktion stattgefundenen Klausurtagung wurde von beiden Fraktionen ein Arbeitspapier zur Haushaltskonsolidierung erstellt. Wesentliche Maßnahmen waren Einsparungen im Bereich der Verwaltung, Reduzierung von Stellen sowie auch Korrekturen der Erträge im Bereich von Steuern, Gebühren und Abgaben. Eine weitere Verbesserung soll durch die Verringerung der Kreditaufnahme um mindesten 2 Millionen Euro erreicht werden, denn damit wird der Haushalt um das Wegfallen von Tilgungs- und Zinszahlungen erleichtert.

Da alles dies nicht für einen Haushaltsausgleich ausgereicht hat, haben sich die Freien Wähler schweren Herzens entschlossen, einer Grundsteuererhöhung um 55 Punkte auf 450 Punkte zuzustimmen. „Mit diesem Betrag liegen wir in Weiterstadt immer noch unter dem Kreisdurchschnitt und die Mehrbelastung für unsere Bürger bleibt im erträglichen Maß“, bemerkt das FWW-Magistratsmitglied Manfred Berger und stellt aber klar, dass die FWW genau beobachten wird, wie das finanzpolitische Gebaren der Verwaltung sich verhalten wird.

Im Zusammenhang mit der Vorlage eines neuen Haushaltsentwurfs hat BM Möller auch den Kauf von 14 Eigentumswohnungen in der Kirchstraße 2 in Weiterstadt zur Abstimmung gestellt. Die Kosten für den Ankauf belaufen sich auf gute 2 Millionen Euro. Für diese 14 Wohnungen hat die Stadt bereits ein Belegungsrecht, um günstigeren Wohnraum anbieten zu können. Dieses Belegungsrecht läuft noch weitere 15 Jahre. Die FWW-Fraktion wird diesem Kauf nicht zustimmen. „Wir sind der Meinung, dass erstens der Kauf die Situation für die Unterbringung von sozialen Härtefällen nicht verbessert, da keine neuen Wohnungen entstehen und zweitens die Anschaffungskosten genutzt werden sollen, um wirklich neuen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen“, lehnt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Eugen Moczygemba die Vorstellungen des Bürgermeisters ab.



**Vorsitzender:**  
**Manfred Berger**  
Westring 103  
64 331 Weiterstadt  
Tel. 06150 – 5 21 59  
Fax: 06150 /5 927 35  
EMail: FWW\_Weiterstadt@gmx.de

Auch der Vorschlag der Verwaltung, die Kreuzstraße, den Klein-Gerauer Weg bis zur Bahnunterführung Braunschardt als Fahrradstraße zum jetzigen Zeitpunkt umzuwidmen, sieht die FWW-Fraktion kritisch. „Wir stehen für den Ausbau von Radwegen sowie für die Einrichtung von Schutzzonen für Radfahrer und Fußgänger im innerstädtischen Bereich, aber solange keine Entscheidung über die verkehrstechnische Entwicklung in der Darmstädter Straße gefallen ist, macht der Umbau zu mindestens der Kreuzstraße keinen Sinn“, so der verkehrspolitische Sprecher der FWW, Michael Heßberger. Der Einrichtung einer Fahrradstraße im Klein-Gerauer Weg steht die FWW-Fraktion positiv gegenüber, da dies auf alle Fälle zu einer Verkehrsberuhigung und -sicherheit um die Albrecht-Dürer-Schule führt. Für die FWW ist es aber wichtig, die an diesen Straßen wohnenden Bürger bei der Entscheidung mitzunehmen. „Hier sehen wir noch Nachholbedarf seitens der Verwaltung“, resümiert Michael Heßberger. (KW)